

Leitartikel

Fünf Minuten nach zwölf

Der Aufschrei ist wieder groß, denn in diesem Jahr wurden bereits neun Frauen in Österreich von ihren Partnern bzw. Ex-Partnern getötet. Rasches Handeln ist jetzt nötig und möglich – das hat nicht zuletzt die Pandemie gezeigt.

Von Irene Rapp

Es ist fünf Minuten vor zwölf. Dieses Bild wird gerne verwendet, um auf die Dringlichkeit bestimmter Themen aufmerksam zu machen. Geht es um die Gewalt gegenüber Frauen – nicht in irgendeinem afrikanischen Land, auch nicht in einem südamerikanischen, sondern in Österreich –, dann ist es aber bereits fünf Minuten nach zwölf.

Zur Erinnerung: 2020 wurden in Österreich 31 Frauen ermordet, 2019 sogar 39. Jedes Mal war der Aufschrei groß, verhallte aber auch rasch wieder. Reaktionen gab es nur zögerlich und einseitig. Wie anders ist es sonst zu erklären, dass z. B. in Tirol seit Jahren mehr Frauenhaus-Plätze gefordert

werden, es aber immer an der Umsetzung scheitert? Oder dass die Männerberatungsstelle Mannsbilder hilfesuchende Männer abweisen musste, da es an Ressourcen fehlte, mit diesen zu arbeiten?

Jüngstes Beispiel ist der diese Woche stattgefundenen Sicherheitsgipfel in Sachen Frauengewalt im Innenministerium: Opferschutzeinrichtungen waren nicht eingeladen – ein weiteres Zeichen dafür, dass das Thema immer noch nicht in seiner ganzen Tragweite ernst genommen wird.

Geht es um nachhaltigen Gewaltschutz, braucht es nämlich eine intensive Zusammenarbeit aller Beteiligten – von Einrichtungen für Opfer und Täter über die Exekutive bis hin zur Justiz. Es braucht mehr Geld, um verschiedenste Hilfsangebote ausweiten

zu können. Und es braucht vor allem eines: mehr Sensibilität. Die hört übrigens nicht bei Frauen auf, die Opfer von männlicher Gewalt werden, sondern beginnt viel früher.

Nicht zuletzt Corona hat gezeigt, dass in einer Zeit mit viel Verunsicherung Männer gerne in eine alte Männlichkeit flüchten. In tradierte patriarchale Strukturen, die ohne Ausübung physischer Gewalt in der Abwertung von Frauen münden. Es müsse an einem anderen Männlichkeitsbild gearbeitet werden, fordern daher Experten nicht erst nach dem letzten, neunten Frauenmord in diesem Jahr in Österreich. Und dass damit bereits bei Kindern und Jugendlichen begonnen werden müsse.

Kanzler Kurz erklärte gestern, dass der Schutz von Frauen und Kindern vor

Gewalt nicht am Geld scheitern werde. Gut so. Wenn ein Staat Milliarden für die Bekämpfung eines Virus aufbringen, aber nicht gleichzeitig vor männlicher, viel zu oft tödlicher Aggression schützen kann, ist das ein Armutszeugnis. Die Pandemie hat zudem gezeigt, dass im Ernstfall sehr schnell reagiert werden kann. Das ist jetzt auch in Sachen Gewaltschutz notwendig. Alles andere wäre unverzeihbar.

Lesen Sie dazu mehr auf Seite 13

rapp@tt.com



Gastkommentar

Ein Jahr ohne Tourismus

Von Thomas Reizenzahn

Aus der Tourismuskrise herauszukommen, wird eine riesige Herausforderung. Da werden wir uns nicht so einfach „herausimpfen“ können. Wie das jüngste Expertengespräch des „Club Tirol“ gezeigt hat, ist die Liquidität der Betriebe nach einem Jahr im Abseits derart angeschlagen, dass es frischer Ansätze bedarf. Business as usual wäre hingegen gefährlich. Die fehlende Liquidität wird zum beherrschenden Thema.

Notwendig sind deshalb Liquiditätsspritzen und andere eigenkapitalbildende Maßnahmen. Wie etwa die Aufwertung der Liegenschaften vom Buchwert auf den Verkehrswert, womit die Bilanz das echte Eigenkapital ausweisen kann. Die Bonität wird gestärkt und die Abschreibungsbasis erhöht. Zeitgemäße Beteiligungsmodelle wären ein weiterer möglicher Weg aus der Krise.

Tatsache ist, dass das operative Ergebnis der Betriebe seit Jahren stagniert. Kostensteigerungen können nicht mehr kompensiert werden. Im Übrigen bin ich der Meinung, man hätte durchaus weniger Lockdown wagen können.

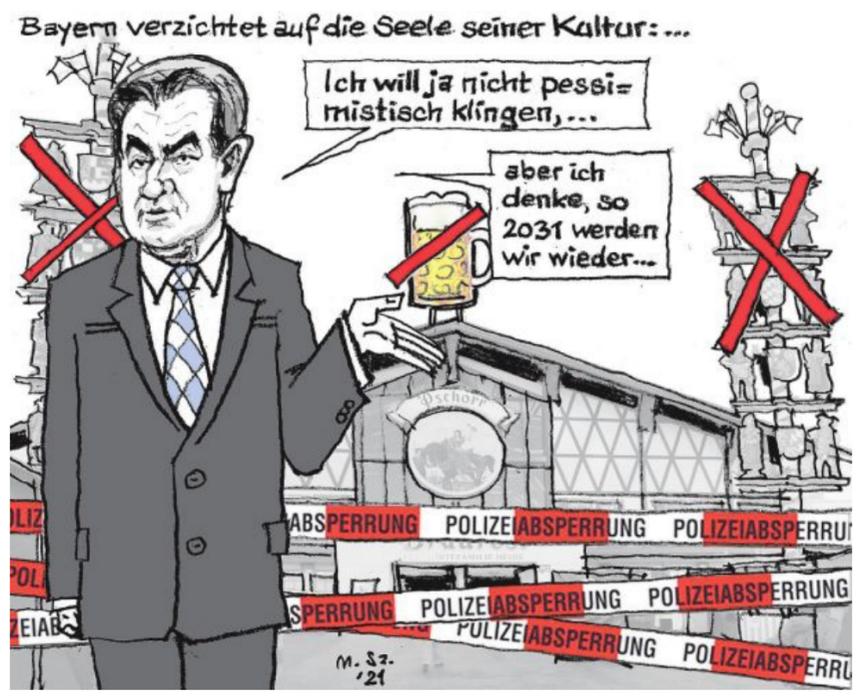
Der Schweiz ist gelungen, woran Tirol gescheitert ist: ein kontrolliertes Virus-Geschehen und eine Auslastung in den Betrieben von 50 Prozent. In Österreich ist hingegen aufgrund des Stillstands zu befürchten, dass 15 bis 30 Prozent der Fachkräfte dauerhaft die Branche verlassen. Und weniger geschulte Mitarbeiter bedeuten weniger Dienstleistung. Eine gefährliche Abwärtsspirale.



t.reizenzahn@prodinger.at

Thomas Reizenzahn ist Geschäftsführer der Prodinger GfB Tourismusberatung GmbH.

Karikatur „Oktoberfest 2021 abgesagt“



Karikatur: Markus Szyzkowitz. Foto: Imago

Kopf des Tages

Kein gemeinsames Wachsen mehr

Bill und Melinda Gates (Gründer der gleichnamigen Stiftung)

Die Gates lassen sich also scheiden. Entfremdung? Zerrüttung? Juristische Gründe sind (noch) keine bekannt, Bill twitterte aber, er könne mit seiner Frau Melinda „gemeinsam nicht mehr wachsen“ – nach 27 Jahren Ehe und drei erwachsenen Kindern. Arbeiten werde man aber weiter zusammen, die „Bill and Melinda Gates Foundation“ werde weiterbetrieben. Diese hat der Microsoft-Gründer und viertreichste Mann der Welt (130 Milliarden US-Dollar) schon 1994 gegründet. Bill Gates spendete ein Drittel seines damaligen Vermögens (28 Milliarden Dollar) und auch Investorenlegende Warren Buffet beteiligte sich mit 21 Milliarden Dollar. Ziel der Stiftung ist die weltweite Verbesserung der Gesundheitsvorsorge.

Eine Ostafrikareise zur Verlobung 1993 soll Bill und Melinda damals schon die Augen für extreme Armut geöffnet haben, bis zu seinem Lebensende will Gates 95 Prozent seines Reichtums in die Stiftung transferiert haben. Natürlich steht auch die Entwicklung von Medikamenten und Impfstoffen am Stiftungsplan, weshalb Bill Gates im vergangenen Corona-Jahr auch zum Feindbild der Corona-Leugner und Verschwörungstheoretiker wurde. Während er sich öffentlich über jeden Fortschritt bei der Entwicklung der Corona-Impfung freute, wurde ihm unterstellt, die Pandemie aus wirtschaftlichen Gründen ausgelöst zu haben. Und Melinda? Die 56-Jährige war Projektmanagerin bei Microsoft, wo sie ihren Mann kennen lernte. Anfang des Jahres erschien ihr Buch „The Moment of Lift“, in dem es um die Rolle der Frau geht. Im April 2022 soll die Gates-Ehe vor Gericht dann wirklich geschieden sein, im Scheidungsantrag heißt es, dass Unterhaltszahlung nicht benötigt werden, um sehr viel Geld wird es bei der Scheidung trotzdem gehen. (ver)

Lesen Sie dazu mehr auf Seite 48



Analyse

Jetzt werden Karten in der Regierung neu gemischt

Von Peter Nindler

Das Karussell in der schwarz-grünen Landesregierung beginnt sich endgültig zu drehen. Wirtschaftslandesrätin Patrizia Zoller-Frischauf (VP) wurde zwar schon seit Monaten als Ablösekandidatin gehandelt, dass sie Dienstag als Erste ihren Rückzug bekannt gab, kam doch überraschend. Oder auch nicht. Denn der ÖVP-Wirtschaftsbund drängte zuletzt vehement auf einen Wechsel in der schwarzen Regierungsmannschaft und brachte immer wieder Wirtschaftskammerpräsidenten Christoph Walser als Nachfolger in Stellung.

Gleichzeitig ermöglicht Zoller-Frischauf mit ihrem Schritt Landeshauptmann Günther Platter (VP) die Flucht nach vorne. Mit der Regierungsumbildung wird Platter zwar die sich ausweitende Affäre um das Corona-Testlabor „Lab Truck“ nicht aus den Schlagzeilen verdrängen, doch zumindest ein wenig in den Schatten stellen. Die



Lesen Sie dazu mehr auf Seite 4

peter.nindler@tt.com

Probleme bleiben schließlich mit oder ohne Regierungsumbildung.

Seit gestern Abend steht auch eine größere Rochade im Raum, denn Gesundheitslandesrat Bernhard Tilg (VP) hat sich ebenfalls erwartungsgemäß aus dem Regierungsteam verabschiedet. Wie Zoller-Frischauf gehörte er dreizehn Jahren der Landesregierung an. Er galt als politisches Stehaufmännchen, der viele Krisen in seinem Ressort, wie die Ausschreibung des Rettungsdienstvertrags oder die holprige Spitals- oder Pflegereform, überstanden hatte. Wegen des Corona-Krisenmanagements war er seit dem Vorjahr jedoch schwer angeschlagen, sein Abgang nur noch eine Frage der Zeit.

Dass Platter nicht lange gezögert und sofort die Nachfolger bestimmt hat, ist eine seiner großen politischen Qualitäten. Schließlich soll ja kein Vakuum entstehen, das zu viel Raum für Spekulationen lässt. Die gibt es jetzt rund um Christoph Walser ohnehin. Und was tun die Grünen?

Neue Gesichter in der ÖVP bringen natürlich den Koalitionspartner unter Druck. Doch Regierungschef Platter war bisher der größte politische Hebstücken für Landeshauptmannstellvertreterin Ingrid Felipe. Nur: Eine Personaldebatte bei den Grünen zeichnet sich trotzdem ab.

Frage des Tages (1466 Teilnehmer)

Österreich will mit einem „Grünen Pass“ zurück zur Normalität. Getestet, Geimpft oder Genesen soll den Zutritt zum öffentlichen Leben ermöglichen. Finden Sie das gut?

67 % Ja. Das ist höchste Zeit.

8 % Nein. Das Risiko ist zu hoch.

25 % Österreich sollte auf die EU-Lösung warten.

Die Umfrage finden Sie auf www.tt.com

